

PEAK SOIL

Die globale Jagd nach Land

Thomas Fritz

FDCL-Verlag Berlin

Thomas Fritz

Peak Soil – Die globale Jagd nach Land

Berlin 2009

Herausgeber: Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika (FDCL e.V.)

© FDCL-Verlag 2009, Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin

Bildnachweise: Umschlagfoto (Leomar José Mees), S.23 (UNEP),
S.41 (IRIN), S.44 (Wikimedia Commons), S.54 (DWS Fonds Prospekt),
S.65 (Kamila Hyat/IRIN), S.71 (Vmenkow/Wikimedia Commons), S.79
(GRAIN), S.87 (Tiago Fioreze), S.94 (Taman Sastra Dan Jurnalisme),
S.102 (www.UFZ.de), S.117 (Indymedia Brasil), S.122 (Ulamm/Wiki-
media Commons), S.133 (Programme for Land and Agrarian Studies,
University of the Western Cape)

Satz & Layout: Mathias Hohmann

Druck: Copyhouse, Berlin

ISBN 978-3-923020-46-1

INHALT

1 Einleitung	7
Klimarentiers und Bodenspekulanten	10
Der Aufbau des Buches	14
2 Peak Soil	17
Die vermeintliche Landreserve	17
Unsichtbare Nutzer	21
Minifundien: Die schrumpfenden Höfe	25
Degradierte Felder	29
Verbrannte Erde	34
3 Landnahme	38
Daewoo und die Revolte in Tikoland	38
<i>Eine prekäre Welt</i>	43
Shareholder-Landwirtschaft	49
<i>Lauter Philanthropen</i>	53
Aufstieg der Agro-Holdings	56
Die Exklaven der Golfstaaten	61
<i>Grundstücksmakler im Helfergewand</i>	66
Going global: Chinas Agrarinvestitionen	68
<i>Offensive des Lächelns</i>	73
<i>Reis und Raub: Der Angriff der Hybride</i>	77
4 Inwertsetzung	84
Die Zerstörung des brasilianischen Cerrado	85
Thailand: Der rettende Hafen der Subsistenz	92
Neoliberale Landreformen	95
Namibia: Keine Befreiung von den Landlords	99

5 Risikokapital	106
Land und Gewalt	106
<i>Pakistan: Schutztruppe für Investoren</i>	107
<i>Sudan: Lukrative Deals mit Warlords</i>	109
<i>Kolumbien: Chiquitas bewaffneter Arm</i>	111
Privateigentum als Friedensstifter	115
Simbabwes radikale Landreform	118
<i>Fast Track der Enteignung</i>	121
<i>Eine neue Realität</i>	124
 6 Die Agrarfrage	 128
Mit Soft Law gegen Landraub	129
„Hart arbeitende Kleinbauern“	131
Die „Überflüssigen“	135
 Endnoten	 142
 Literatur	 153
 Abkürzungen	 162

1 EINLEITUNG

Die kulminierenden kapitalistischen Krisen läuten eine neue Runde beim Wettlauf um Land ein: Angetrieben durch Hunger-, Energie- und Klimakrise schwappt eine anhaltende Welle von Bodengeschäften über den Globus. Agrarkonzerne, Finanzinvestoren und Regierungen erwerben teils riesige Flächen in Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa. Die deutsche Fondsgesellschaft *Aquila Capital* investiert in brasilianisches Land: Auf 250.000 Hektar will sie Rinder züchten, Zuckerrohr und Soja anbauen.¹ Im Sudan sicherten sich Investoren aus den Vereinigten Arabischen Emiraten 378.000 Hektar, aus den USA 400.000 Hektar und aus Südkorea 690.000 Hektar.² China unterzeichnete mit den Philippinen Pachtverträge über 1,2 Millionen Hektar, hauptsächlich für den Reisanbau.³ Kongo-Brazzaville bietet dem südafrikanischen Bauernverband AgriSA bis zu 10 Millionen Hektar – eine Fläche, so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen.⁴

Das wahre Ausmaß dieser Geschäfte ist weitgehend unbekannt, ebenso die konkrete Zahl der Verträge. Der Weltbank-Ökonom Klaus Deininger schätzt, dass über 10 bis 30 Prozent des global verfügbaren Ackerlandes Verhandlungen laufen, bisher aber nur ein Teil der Verträge abgeschlossen wurde. „2008 war ein Riesensprung. Da haben sich die Pläne und Anträge in vielen Ländern mehr als verdoppelt, oft verdreifacht“, sagt Deininger. In Mosambik belief sich die Nachfrage sogar auf das Doppelte des vorhandenen Ackerlandes. Vier Millionen Hektar habe die Regierung schließlich an Investoren vergeben.⁵

Freilich musste mancher Investor auch wieder den Rückzug antreten, dies besonders spektakulär in Madagaskar. Um Mais und Ölpalmen für den Export anzubauen, wollte der südkoreanische Konzern *Daewoo*

Logistics 1,3 Millionen Hektar pachten – ein Gebiet, fast halb so groß wie Belgien. Doch der Bürgermeister von Antananarivo, Andry Rajoelina, nutzte die Empörung seiner Landsleute, als er im März 2009 den madagassischen Präsidenten Marc Ravalomanana stürzte und die Verhandlungen stoppte.

Der geplatzte *Daewoo*-Deal führte allen Investoren die Risiken vor Augen. Manche Bodenprojekte liegen derzeit dank der Kreditklemme auf Eis oder werden wegen gefürchteter Widerstände nur noch verdeckt verhandelt. Mit Verweis auf die Finanzkrise verschiebt die saudische *Bin Ladin Group* ihren Plan, 500.000 Hektar für die Reiserzeugung im indonesischen Westpapua zu pachten.⁶ Auch hier protestierte die ansässige Bevölkerung, deren Lebensraum durch großflächige Abholzungen zusehends schrumpft, während das Militär und private Sicherheitskräfte ihren Widerstand brutal unterdrücken.

Kambodscha verpachtet 130.000 Hektar für den Reisanbau an Kuwait, doch die Details hält die Regierung von Premierminister Hun Sen unter Verschluss. Selbst Abgeordnete bekommen keinerlei Informationen. Es herrsche eine „Kultur des Schweigens“, beklagte sich der Oppositionspolitiker Son Chhay und verdeutlichte die Risiken: „Wenn es so weit ist, werden wir zweifellos erleben, dass die Armee geschickt wird, um Häuser einzureißen und auf Menschen zu schießen, wie sie es schon in der Vergangenheit getan hat, um die Leute von ihrem Land zu vertreiben.“⁷

Was aber, so ließe sich fragen, ist an diesem Trend eigentlich neu? Schließlich okkupieren profitorientierte Konzerne schon seit vielen Jahrzehnten fruchtbarstes Tropenland, um *Cash Crops* wie Kaffee, Kakao oder Bananen für den Export anzubauen, und ihr Umgang mit der ansässigen Bevölkerung war nicht weniger rau als der heutiger Landjäger. Eine nähere Betrachtung der aktuellen Geschäfte aber zeigt, dass nun andere Motive, andere Akteure und andere Geschäftsmodelle hinzutreten.

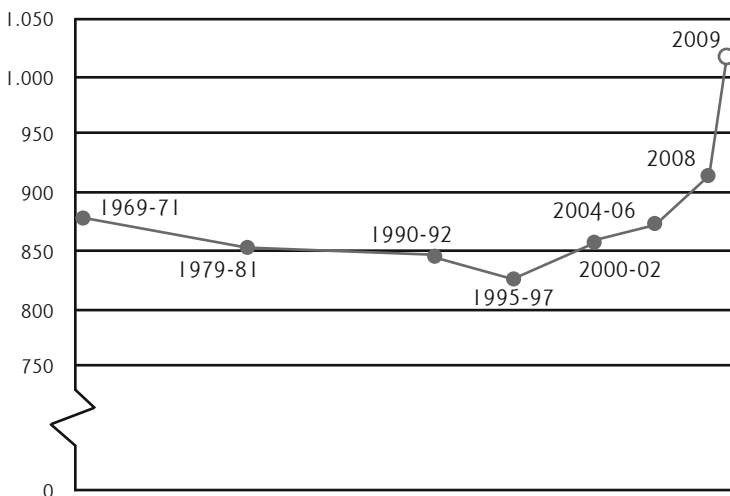
Einer der markanten Unterschiede: Heute wird massiv in ausländische Agrarflächen investiert, um nicht nur Luxusgüter wie Kaffee anzubauen, sondern auch Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis oder Mais. Zu dem Motiv der Profitmaximierung gesellt sich also ein anderes: die Ernährungssicherheit. Mehrere Faktoren lösten einen kräftigen Preissprung der Agrarprodukte in den Jahren 2005 bis 2008 aus: die steigende Nahrungs- und Futtermittelnachfrage, die explodierende Biokraftstoffproduktion, der weltweite Abbau von Getreidereserven,

der schwache Dollar sowie die Verteuerung von Düngern und Pflanzenschutzmitteln, verursacht durch den Ölpreisanstieg. Hinzu kamen Missernten, höhere Transportkosten und steigende Finanzinvestitionen an den Rohstoffbörsen.⁸

Besonders einschneidend waren die befristeten Ausfuhrstopps wichtiger Agrarexporteure, die selbst Versorgungsprobleme bekamen: Indien, China und Vietnam lieferten keinen Reis; Argentinien, Kasachstan und Russland keinen Weizen. Gerade das führte allen importabhängigen Ländern ihre enorme Verwundbarkeit vor Augen.⁹ Überdies gerieten viele Regierungen durch die Brotrevolten unter Druck; in mehr als 60 Ländern trieb die Verteuerung die Menschen auf die Straße.

Zwar gaben die Weltmarktpreise für Agrarprodukte infolge des massiven Konjunkturerinbruchs seit Mitte 2008 wieder deutlich nach, bisher blieben sie aber auf wesentlich höherem Niveau als vor dem Boom. Experten gehen davon, dass der Aufwärtstrend mittelfristig anhält. Die Folgen sind dramatisch: Seit dem vergangenen Preissprung wächst das Heer chronisch Hungernder in rasendem Tempo und die Weltwirtschaftskrise stürzt jetzt noch mehr Menschen in die Armut. Zählte die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO (*Food and Agriculture Organisation*) im Jahr 2005 noch 848 Millionen Hungernde, kletterte ihre Zahl 2009 auf über eine Milliarde (Schaubild 1).¹⁰

Schaubild 1: Chronisch Hungernde 1969 – 2009 in Millionen (Quelle: FAO)



Importabhängige Länder ziehen derweil eine wichtige Lehre aus der Nahrungsmittelkrise: Sie können sich nicht mehr darauf verlassen, jederzeit Lebensmittel in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen auf dem Weltmarkt einzukaufen. Aus diesem Grunde versuchen finanzstärkere Regierungen, den Zugriff auf überseeische Kornkammern zu sichern. Zwei Gruppen treten besonders in Erscheinung: Golfstaaten, die unter einem erheblichen Mangel an fruchtbarem Land und an Süßwasservorräten leiden, sowie bevölkerungsreiche Schwellenländer mit zunehmenden Versorgungsproblemen wie China, Indien, Libyen oder Ägypten.

Diese Länder beschränken sich nicht mehr darauf, Getreide und Gemüse auf dem Weltmarkt einzukaufen, sondern sie betreiben ein förmliches *Outsourcing* ihrer Lebensmittelerzeugung. Häufig liefern staatliche Banken oder Fonds das nötige Kapital, während Unternehmen die Produktion übernehmen. Die Sicherheit der Lieferungen spielt dabei eine große Rolle. Auf die Frage, warum Saudi-Arabien nun so stark in die ausländische Agrarproduktion investiert, antwortete Abdullah al-Obaid, saudischer Vize-Landwirtschaftsminister: „Wir möchten die Nahrungsmittellieferungen selbst sicherstellen, das ist es.“¹¹ Dieses Vorgehen hat einen weiteren Vorteil: Die mächtigen multinationalen Agrarhändler mit ihrem Preiskartell – vor allem *Archer Daniels Midland*, *Bunge* und *Cargill* – bleiben ausgeschaltet.

Mit verschiedenen Anreizen versuchen die Importländer, den Regierungen der Agrexklaven Garantien der Ernteausfuhr abzurufen. Tauschgeschäfte sind dabei überaus verbreitet. Kambodscha erhält für die Überlassung seiner Böden an Kuwait Kredite in Höhe von 546 Millionen US-Dollar und kann damit einen Staudamm bauen. Ein Abkommen zwischen Libyen und der Ukraine sieht vor, dass die Nordafrikaner Öl liefern und im Gegenzug 100.000 Hektar ukrainischer Böden bekommen.¹² Kenia will dem Golfstaat Katar 40.000 Hektar im Feuchtgebiet des Tana-Deltas überlassen, dafür sollen die Kataris einen Hafen an der kenianischen Küste bauen. Die geplante Investition soll 2,5 Milliarden US-Dollar betragen.¹³

Klimarentiers und Bodenspekulanten

Selten fehlen sie in politischen Sonntagsreden: der Kampf gegen den Klimawandel und die Sicherung unserer Energieversorgung. Biokraft-

stoffe dienen vorgeblich beiden Zielen, fressen aber Land. Während Raps, Soja oder Ölpalmen den Rohstoff für Biodiesel liefern, dienen Mais, Rüben oder Zuckerrohr der Produktion von Ethanol. Immer zahlreicher aber werden die Konflikte um die monokulturellen Energiefelder, seien es die Palmlantagen in Indonesien und Kolumbien oder die vorrückenden Zuckerrohr- und Sojafronten in Brasilien. Mit den Biokraftstoffen tritt auch eine weitere Spezies von Landnutzern in Erscheinung: Energiekonzerne wie *Shell* oder *British Petroleum*. Belegten diese bisher schon beträchtliche Flächen für die Ausbeutung fossiler Energieträger wie Öl und Gas, beanspruchen sie nun auch noch Böden für den energetischen Ackerbau.¹⁴

Auch der florierende Handel mit Emissionszertifikaten soll dem Klimaschutz dienen, verlangt aber nach Feld und Flur. Denn es entsteht ein neues Segment des marktorientierten Klimaschutzes: der Erhalt von Böden und Biomasse als Kohlenstoffspeicher, auch Senken genannt. Regierungen, Unternehmen und Privatpersonen investieren in, so die Annahme, emissionsmindernde Projekte wie Waldschutzgebiete, Eukalyptusplantagen oder Biospritäcker und erhalten dafür ein Zertifikat. Während dies Privatpersonen ein gutes Gewissen verschafft, dient es Unternehmen zur Imagepflege oder zur Anrechnung auf ihre verpflichtenden Emissionsminderungen in regulierten Kohlenstoffmärkten.

An der Chicagower Kohlenstoffbörse CCX sind viele dieser Senkenprojekte bereits zugelassen, im Europäischen Emissionshandelssystem bisher nicht. Eine Reihe solcher Projekte existiert auch unter dem *Clean Development Mechanism* (CDM) des Kyoto-Protokolls. Dieser ermöglicht es Industrieländern, einen Teil ihrer CO₂-Reduktionsverpflichtungen durch Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern zu erbringen. Ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls soll das Spektrum zulässiger Senkenprojekte deutlich erweitern, etwa im Waldschutz¹⁵ oder, wie das Agrobusiness fordert, auch in der Landwirtschaft.¹⁶

Doch verstärken die bodenbezogenen Kohlenstoffzertifikate die Flächenkonkurrenz, wie OECD und FAO betonen: „Die entstehenden Kohlenstoffmärkte werden ebenfalls die Landverfügbarkeit betreffen, denn viele der Optionen (Biotreibstoffe, Senken) konkurrieren um die gleichen Bodenressourcen. Der daraus resultierende verstärkte Wettbewerb um Land könnte die Bodenpreise erhöhen“, so ihre Einschätzung.¹⁷ Das mit den Kohlenstoffzertifikaten mobilisierte Kapital steigert die Nachfrage nach Land und damit seinen Wert. Großgrundbesitzer können künftig eine noch höhere Bodenrente einstreichen, weil sie auch zu

Klimarentiers werden. Der marktorientierte Klimaschutz nährt die Bodenspekulation.

Die Flächenkonkurrenz ruft noch eine neue Klasse von Landjägern auf den Plan: Finanzanleger. Immer mehr Investmentfonds schießen aus dem Boden, um ihn zu erwerben. Banken und Fonds sind davon überzeugt, dass wir einen anhaltenden „landwirtschaftlichen Superzyklus“ erleben, der auch den derzeitigen Kriseneinbruch überdauern werde. Private und institutionelle Anleger könnten mit dem Landkauf in eine sichere, inflationsbeständige Vermögensanlage investieren. Die erwarteten Wertsteigerungen seien Dünger fürs Depot.

Der Trend zu einer „Shareholder-Landwirtschaft“ verändert die gesamte Ernährungsindustrie: Agrarhändler, Getreidemühlen und Lebensmittelfabriken gehen immer häufiger dazu über, selbst Land zu erwerben, um eine bezahlbare Rohstoffversorgung sicherzustellen. In Russland, Brasilien oder Angola operieren riesige, mit internationalem Kapital ausgestattete Holdinggesellschaften, die von der Landbewirtschaftung über die Verarbeitung bis zum Vertrieb mehrere Stufen der Wertschöpfung integrieren. David Lenigas, Vorstand des in Afrika aktiven Konzerns *Lonrho*, bringt diese Strategie auf den Punkt: „Die vertikale Integration der afrikanischen Agrarindustrie ist der Schlüssel zum Erfolg.“¹⁸

Doch sind die Investoren überaus wählerisch; nicht jeder Flecken Erde verspricht hohe Ernten und Profite. Denn dafür braucht es neben Wasser und fruchtbaren Böden auch eine physische und rechtliche Infrastruktur: Straßen, Häfen und Eigentumsschutz. Ein weiteres Plus sind billige Arbeitskräfte. Aufgrund der unterschiedlichen Faktorausstattung stehen Agrarstandorte und Gebiete, die dazu werden wollen, in einem erbarmungslosen Wettbewerb. Daher versuchen Regierungen, die Investoren mit allerlei Vergünstigungen zu locken: agrarische Sonderwirtschaftszonen, Zoll- und Steuersenkungen sowie freie „Repatriierung“ von Gewinnen und Ernten. Das Land bieten sie mitunter sogar kostenlos an.

Kehrseite der Jagd nach Land ist also die Jagd nach Direktinvestitionen. Die Flächenkonkurrenz vollzieht sich im Standortwettbewerb und ist deswegen doppelt gefährlich. Infolge der Wirtschaftskrise nimmt der Wettbewerb um die wählerischen Investoren noch an Schärfe zu; stärker als sonst erscheinen staatliche Auflagen da nur als Ballast. Das aber erhöht zusätzlich die Risiken aller Landbewohner mit unsicheren Nutzungsrechten. Während Vertreibungen von Landlosen, Bauern und Hirten grassieren, sind Entschädigungen häufig inexistent oder völlig unzureichend.

„Wir können jederzeit vertrieben werden“, klagt Bernard Onyango im kenianischen Tana-Delta, auf das Katar und andere Investoren ein Auge geworfen haben. 150.000 Bauernfamilien, viele gehören zu den Gruppen der Orma oder Pokomo, leben in dem Feuchtgebiet, besitzen meist aber keine Landtitel. Aber nicht nur Bauernfamilien könnten den Landzugang verlieren, sondern auch die nomadischen Hirten aus dem ausgedörrten Norden Kenias, die während der Trockenzeiten ihre Herden in die Weidegründe des Deltas treiben. Ebenso machen sich die Fischer Sorgen, denn die Investoren müssten das Gebiet entwässern. „Was für uns bleiben wird, ist nur unsere Armut“, fürchtet Onyango.¹⁹

Die Bodengeschäfte bergen sozialen und politischen Sprengstoff. Sie rauben nicht nur traditionellen Landnutzern die Existenzgrundlage, vielmehr gefährden sie Verbraucher in Stadt und Land, weil die Ernten zum großen Teil in den Export gehen. Wenn Katar seine Ernährungssicherheit auf Felder im Tana-Delta stützen will, tut es dies in einem Land, in dem 3,8 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen sind. Eine der schlimmsten Trockenheiten bescherte Kenia im Jahr 2009 hohe Ernteausfälle und ließ Tausende Stück Vieh auf verdörrten Weiden verenden. Hinzu kamen hohe Lebensmittelpreise, die teilweise das Doppelte des Vorkrisen-Niveaus erreichten.²⁰

Kenia ist keine Ausnahme: In mehreren der besonders attraktiven Agrarexklaven ist die Bevölkerung auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, etwa in Äthiopien, Madagaskar, Kambodscha oder im Sudan. Wenig sensibel für diesen Konflikt zeigte sich König Abdullah von Saudi-Arabien, als er im Januar 2009 öffentlichkeitswirksam die erste Ladung Reis präsentierte, die saudische Investoren auf seine Initiative hin in Äthiopien produzieren ließen.²¹ Doch erhöhte sich im selben Jahr die Zahl der Äthiopier, die auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen waren, von fünf auf sechs Millionen. Auch hier bildeten die Trockenheit und hohe Lebensmittelpreise einen tödlichen Mix.²²

Mehr noch: Viele der Länder, die nun ihre Böden verschleudern, hängen in zunehmendem Maße von Lebensmittelimporten ab. Im Zuge der Schuldenkrise der 1980er Jahre machten Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) ihre Kredite von der Öffnung der Märkte und dem Wechsel vom Grundnahrungsmittel- zum *Cash Crop*-Anbau abhängig. Seither aber steigt das Agrarhandelsdefizit der Entwicklungsländer massiv an. Wies ihre Handelsbilanz in den 1970er Jahren noch

Überschüsse aus, sind heute zwei Drittel von ihnen Netto-Nahrungsmittelimporteure.²³

Gerade in den ärmsten Ländern, den sogenannten *Least Developed Countries*, nimmt die Importabhängigkeit bedrohliche Ausmaße an. Während die Preise für ihre tropischen *Cash Crop*-Exporte wie Kaffee, Kakao oder Tee verfielen, mussten sie immer mehr Grundnahrungsmittel importieren. Seit den 1980er Jahren verdoppelten sich ihre Weizen- und Reiseinfuhren und ihre Importabhängigkeit soll künftig noch steigen. Das UN-Entwicklungsprogramm UNDP warnte: „Sollten weder die erforderlichen kommerziellen Importe erfolgen, noch die Nahrungsmittelhilfe diese Lücke schließen können, wird der Lebensmittelkonsum pro Kopf unweigerlich sinken.“²⁴ In zahlreichen Ländern ist dieses Szenario bereits Realität. Treten sie nun aber noch ihre fruchtbaren Böden ab und lassen unbegrenzte Nahrungsmittelexporte zu, nehmen sie Kurs auf weitere Brotrevolten. Die Landgeschäfte sind eine tickende Zeitbombe.

Der Aufbau des Buches

Land ist eine knappe Ressource. Doch ihr Schutz fällt offenbar genauso schwer wie ihre gerechte Nutzung. Am Beispiel der neuen Landnahme zeigt dieses Buch, warum beides immer weniger gelingt. Vor allem fruchtbarer Boden fällt zunehmend der Urbanisierung, Industrialisierung und Umweltzerstörung zum Opfer. Die Menschheit überschreitet nicht nur den Gipfel der Ausbeutung von Öl, den *Peak Oil*, sondern auch der Vernutzung von Boden, *Peak Soil*. Diesen Trend beschreibt das nachfolgende **Kapitel 2**. Es schildert die fragwürdigen Berechnungen einer vermeintlich ungenutzten globalen Landreserve, die mannigfaltigen ökologischen Schäden der Böden, die Folgen des Klimawandels sowie die Malaise der über zwei Milliarden Kleinbauern der Dritten Welt. Entgegen mancher Vermutungen nimmt ihre Zahl in vielen Ländern noch zu, doch müssen sie mit immer kleineren Parzellen auskommen.

Kapitel 3 nimmt die Akteure der neuen Landnahme in den Blick. Es analysiert den Fall des südkoreanischen Konzerns *Daewoo Logistics* in Madagaskar und die Faktoren, die zum Scheitern des dortigen Pachtgeschäfts führten, darunter die Rolle der Entwicklungshilfe. Das Kapitel beschreibt ferner die rasante Zunahme von Finanzinvestitionen in

den Land- und Agrarsektor, die Entstehung einer vertikal integrierten „Shareholder-Landwirtschaft“ sowie die landwirtschaftlichen Auslandsinvestitionen der Golfstaaten und Chinas. Das Beispiel der Expansion von chinesischem Hybrid-Reis auf den Philippinen verdeutlicht dabei die enge Kopplung zwischen der Landnahme und dem industriellen Produktionsmodell.

Die Landnahme selbst ist freilich nur der erste Schritt in einem umfassenderen Prozess der produktiven Inwertsetzung des Bodens. **Kapitel 4** widmet sich deswegen der folgenreichen Inwertsetzungsstrategie internationaler Organisationen, und hier vor allem der Weltbank. Diese legte jüngst einen Masterplan für die Kommerzialisierung von Savannen vor, die als bedeutender Teil der globalen Landreserve gelten. Die Erschließung des brasilianischen Cerrado und des thailändischen Nordostens dienen ihr dabei als Referenz für einen Prozess, den sie nun auch in Afrika forcieren will. Das Kapitel zeichnet die Folgen kommerzieller Landwirtschaft in diesen beiden Regionen nach. Ergänzend analysiert es die marktgestützten Varianten von Bodenreformen, die ein bedeutendes Element der Kommerzialisierungsansätze bilden. Dabei zeigt das Beispiel Namibias, wo die deutsche Entwicklungshilfe im Interesse deutschstämmiger Farmer eine solche Reform propagiert, wie diese Ansätze die Bodenkonzentration konservieren.

Kapitel 5 schließlich greift den stark vernachlässigten Zusammenhang zwischen Land und Gewalt auf. In fast allen länger andauernden bewaffneten Konflikten, viele davon gelten heute als innerstaatlich, spielte der Zugang zu Land eine Rolle. Die aktuelle Welle von Bodengeschäften birgt das Risiko, schlummernde Konflikte zum Ausbruch zu bringen oder existierende zu verschärfen, was an den Beispielen Pakistans, des Sudans und Kolumbiens verdeutlicht wird. Daneben macht das Kapitel auf die Versuche Neoliberaler aufmerksam, Privateigentum an Land von einer Quelle solcher Konflikte zu einem Instrument der Befriedung umzudeuten. Damit verfolgen sie das Ziel, umverteilende Landreformen als ineffizient und eigentliche Ursache der Gewalt darzustellen. Eines ihres beliebtesten Beispiele ist die angeblich gescheiterte enteignende Landreform Simbabwe unter Robert Mugabe. Die Genese der simbabwischen Reform zeigt jedoch, dass gerade die Verteidigung der ungerechten Bodenordnung den Konflikt verschärfte. Auch führten die Enteignungen kommerzieller Farmer nicht zu dem totalen landwirtschaftlichen Niedergang, der oftmals behauptet wird.

Das abschließende **Kapitel 6** diskutiert die Vorschläge, die nun ins Spiel gebracht werden, um die Risiken der anschwellenden Welle von Agrarinvestitionen zu mindern. Weltbank, FAO und Entwicklungsagenturen betrachten diesen Trend grundsätzlich als Chance, denn nun fließen Mittel in die lange vernachlässigte Landwirtschaft. Sie meinen, die Risiken ließen sich durch Verhaltensrichtlinien und die Einbindung von Kleinbauern in den kommerziellen Vertragsanbau abfedern. Skeptiker dagegen glauben, dass diese Ansätze nur ein Minderheitenprojekt sind. Die Kommerzialisierung produziere ganz im Gegenteil eine wachsende Überschussbevölkerung, für die es kein Entwicklungsprojekt mehr gebe, sondern bestenfalls Sozialhilfe. Die „Überflüssigen“ seien zu einer prekären Subsistenz in Ungunsträumen verdammt, wo sie einem konservativen Tribalismus überlassen bleiben.